UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Einleitung: Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln deutscher Außenpolitik

Ulrich Roos

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Roos, Ulrich. 2016. "Einleitung: Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln deutscher Außenpolitik." In *Deutsche Außenpolitik: Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln*, edited by Ulrich Roos, 1–12. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-15370-0_1.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Einleitung: Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln deutscher Außenpolitik

Ulrich Roos

Die wissenschaftliche Analyse von Außenpolitik befindet sich in einer selten thematisierten Krise und hat gleichzeitig – scheinbar paradox – „Konjunktur". Für einen Zeitraum von wenigstens vierzig Jahren galt die Aufmerksamkeit der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen zuvorderst Begriffen (und den damit bezeichneten realen Phänomenen) wie „systemische Interdependenz", „Globalisierung", „Global Governance" bzw. „Streben nach Sicherheit unter anarchischen Bedingungen" oder der „Transformation systemischer Leitnormen", wie z. B. der Idee der Menschenrechte, dem Konzept der Souveränität oder schlichtweg der Denationalisierung und Entgrenzung der internationalen Beziehungen – zusammengefasst also der vermeintlichen Krise der Autorität der Nationalstaaten. Die während dieses Zeitraums formulierten theoretischen Konzeptionen und spärlichen methodologischen Innovationen der Foreign Policy Analysis (FPA) als Teil-Teildisziplin der IB, die hingegen auf die Erklärung des Handelns einzelner Akteure und nicht des Weltsystems zielen, standen nicht gerade im Mittelpunkt der gesamtdisziplinären Kommunikation und Aufmerksamkeit. Angesichts der nunmehr aller Orten diagnostizierten Stagnation oder gar Umkehr des Denationalisierungstrends bzw. spiegelbildlich der Renaissance nationaler (Außen-)Politiken steigt jedoch die Nachfrage nach überzeugenden, post-post-modernen Außenpolitikmodellen, nimmt das Interesse an der Analyse einzelstaatlicher Außenpolitiken wieder spürbar zu. Ob nun russische, chinesische, iranische, US-amerikanische oder deutsche Außenpolitik als besonders erklärungsbedürftig gilt, hängt letztlich bloß von der Natur der jüngsten weltpolitischen Ereignisse und der Konstellation der daran beteiligten Staaten ab. Die Krise der Außenpolitikanalyse äußert sich derweil, so die hier aufgestellte These, auf wenigstens zweierlei Weise. Aufgrund der nur geringen Kapazitäten, die in den vergangenen Jahrzehnten in die Fortentwicklung der FPA investiert wurden, fehlt es i) an überzeugenden formaltheoretischen Modellen und Semantiken, welche die

gegenwärtige Staatenpraxis plausibel abbilden können und außerdem ii) an erprobten Analysemethoden, um die Geheimnisse der erklärungsbedürftigen Praxis in den Blick nehmen und dechiffrieren zu können. Kurzum: Es fehlt an post-post-moderner Theorie und an überzeugenden Methoden zur Erforschung dieser Staatenpraxis. Dies bildet den Kern der hier unterstellten allgemeinen Probleme wissenschaftlicher Außenpolitikanalyse. Die vielerorts behauptete Dynamisierung und Eskalation der (außen-)politischen Krisenereignisse wirkt dabei mit Blick auf die Dringlichkeit der Bearbeitung dieser Probleme zusätzlich katalytisch.

Im Anschluss an diese allgemein gehaltenen Behauptungen gilt es nun – und angesichts des Sammelbandthemas „Deutsche Außenpolitik. Diskurse, Arenen und grundlegende Handlungsregeln" notwendiger Weise – eine Konkretisierung dieser epistemischen Krise entlang eines enger definierten Ausschnitts der größeren FPA vorzunehmen und zwar entlang der wissenschaftlichen Analyse deutscher Außenpolitik.

Bis zum Ausbruch der sogenannten Euro-Krise bzw. EU-Krise galt die Analyse deutscher Außenpolitik – was unausgesprochen blieb – als ein wissenschaftliches Feld ohne Zukunft. Welches größere Interesse sollte eine Gesellschaft bzw. ein Staat „unter globalisierten Bedingungen" daran haben, politikwissenschaftliche Lehrstühle zu unterhalten, deren Ressourcen in die Erklärung und Analyse einzelstaatlicher Außenpolitiken fließen, wenn es doch vordringlich darum gehen müsste, eben jene „globalisierten Bedingungen" besser zu verstehen? Die Krise der EU, der Aufstieg nationalistischer Parteien in beinahe allen EU-Staaten (und zahlreichen weiteren Staaten darüber hinaus, wie z. B. Russland und den USA), die neue sicherheits- und wirtschaftspolitische Konfrontation mit dem opaken Russland, der Aufstieg der großen Schwellenländer, das zunehmend offensive Auftreten des autoritär regierten Chinas gegenüber seinen Nachbarn sowie die Verlagerung der Machtprojektion der Vereinigten Staaten vom atlantischen in den pazifischen Raum unterminieren allesamt die Plausibilität der lange Zeit disziplinweit dominanten These von der postnationalen Konstellation und lassen den Bedarf an substantieller Außenpolitikanalyse explodieren. Und hierbei wird den außenpolitischen Entscheidungen, Positionen, Motiven und Zielen des deutschen Staates – zumal im europäischen, aber auch im weltweiten Maßstab – besondere Aufmerksamkeit zuteil. Was angesichts der unterstellten „Neuen Macht" bzw. der „Neuen Verantwortung" Deutschlands kein Wunder nimmt. Und tatsächlich nimmt die Zahl wissenschaftlicher Kommunikationen zum Thema „Deutsche Außenpolitik" (bzw. „german foreign policy") spürbar zu.[1] Doch die meisten

1 Diese Intuition wird durch eine Google-Scholar-Recherche der Suchbegriffe „Deutsche Außenpolitik" bzw. „german foreign policy" unterstützt. Für die Zeiträume 2000-2005,

Debattenbeiträge verzichten darauf, ihre formaltheoretischen Modelle, auf denen ihre Lageanalysen basieren, zu explizieren und beschreiben auch die methodische Vorgehensweise dieser Analysen meist mit keiner Silbe, tragen also, um es noch deutlicher zu sagen, zur Lösung der beiden oben unterstellten, zentralen Probleme der FPA letztlich nichts oder nur wenig bei. Das heißt, auf die zunehmende Nachfrage nach wissenschaftlicher Erklärung und Analyse reagieren die meisten KollegInnen mit Texten, die weder formaltheoretisch fundiert, noch methodisch reflektiert sind, gleichzeitig jedoch explizit als Teil des wissenschaftlichen Diskurses ausgeflaggt werden und die solcherart wie selbstverständlich den Anspruch erheben, zur Deutung der erklärungsbedürftigen Praxis und Situation beizutragen. Hierbei entsteht ein Diskurs, dessen allermeiste Kommunikationen von der Methode der intuitiven Verarbeitung lebensweltlicher Zeitzeugenschaft getragen werden. Und deren Fähigkeit, von den eigenen Vorurteilen, dem Vorwissen und in aller Regel nicht systematisch reflektierten, impliziten Hypothesen zu abstrahieren und diese konsequent und methodisch kontrolliert in Frage zu stellen, kaum erkennbar wird. Damit ist der für politikwissenschaftliche Debatten obligatorische Strohmann erfolgreich konstruiert, die Kontrastfolie erstellt, um im Weiteren die Vorzüge der in diesem Band versammelten Beiträge umso deutlicher hervorheben zu können.

Ein Generalvorwurf wie der hier formulierte, kann unmöglich gleich im nächsten Atemzug zurückgenommen werden. Und die Entscheidung, an dieser Stelle der Einleitung des vorliegenden Sammelbandes eine signifikante Zahl von Arbeiten zu benennen, die sich wohltuend von der kritisierten Praxis unterscheiden, würde letztlich unvermeidbar riskieren, den Eindruck zu erwecken, mit Blick auf die Zitation der lobenswerten Ausnahmen von der behaupteten Regel einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sodass die LeserInnen schlussfolgern müssten, dass alle nicht-genannten Beiträge gleichsam zur Gruppe der nicht-wissenschaftlichen Publikationen zu zählen seien. Auch aus diesem Grund soll auf diesen – offensichtlich zum Scheitern verurteilten – Versuch verzichtet werden und natürlich geht es hier nicht darum, die Arbeiten einzelner KollegInnen zu diskreditieren. Das Ziel ist vielmehr die Beschreibung eines wahrgenommenen allgemeinen Trends. Es genügt daher, die Kriterien zu benennen, welche die besagte Unterscheidung von „wissenschaftlichen" und „nicht-wissenschaftlichen" Debattenbeiträgen möglich macht und zu erörtern, weshalb diese erschreckend einfach dichotome

2005-2010, 2010-2015 ergeben sich 1.170/2.012, 1.890/2.760 bzw. 2.460/3.580 Treffer. Dass dabei die Thematisierung „deutscher Außenpolitik" im Vergleich zu anderen nationalstaatlichen Außenpolitiken im Laufe der Zeit einem besonders intensiven Wachstum unterlag, wird durch den Vergleich mit den Suchbegriffen „amerikanische Außenpolitik" bzw. „US foreign policy" zusätzlich verdeutlicht. Für die identischen drei Zeiträume lassen sich 485/17.100, 687/20.035 bzw. 684/19.600 Suchtreffer erzielen.

Unterscheidung als sinnvoll und hilfreich begriffen werden kann. Zur Klasse der wissenschaftlichen Texte gehören, so ließe sich argumentieren, jene Beiträge, die Auskunft über ihre formaltheoretischen und methodologischen Prämissen geben und die es den LeserInnen ermöglichen, nachzuvollziehen, auf Grundlage welcher Beobachtungen der oder die AutorIn zu welcher These gelangt ist. Dieser Typus von Texten formuliert Thesen und Argumente unter Verweis auf empirische Beobachtungen, die von Dritten mit Blick auf deren Plausibilität überprüft und kritisiert werden können. Die Gruppe der intuitiv-zeitzeugenschaftlichen Texte hingegen verzichtet weitestgehend darauf, die eigenen formaltheoretischen Prämissen zu benennen, die Auswahl des beobachteten Materials zu rechtfertigen, das dabei gewählte methodische Vorgehen zu erörtern und die Thesen systematisch unter Verweis auf empirisches Material zu begründen. Stattdessen gilt dort ein Text als wissenschaftlich, da er von einer Person mit einem wissenschaftlichen Abschluss/Titel oder einer möglichst herausragenden akademischen Position verfasst worden ist. Die Beteiligung an der Debatte wird durch Verweise auf sonstiges symbolisches Kapital legitimiert und nicht durch die Güte des vorgetragenen Arguments. Natürlich handelt es sich bei den beiden hier vorgestellten Klassen um eine idealtypische Unterscheidung. Die Graustufen des dazwischen befindlichen Kontinuums und dessen Kontingenz werden jedoch besser sichtbar, sobald die beiden Farben der binären Kodierung definiert sind.

Innerhalb der aus den genannten Gründen letztlich leider überschaubaren Menge wissenschaftlicher Beiträge zur Erforschung deutscher Außenpolitik sind in den letzten Jahren einige Arbeiten zu identifizieren, die miteinander bestimmte Eigenschaften teilen, die es erlauben, diese als Elemente eines allgemeineren Typus von Forschungsarbeit zu interpretieren: die sogenannten Rekonstruktionslogischen Forschungsarbeiten zur deutschen Außenpolitik (Baumann 2006; Roos 2010; Laurer und Seidl 2014; Herborth 2015; Roos und Seidl 2015; Roos und Rungius 2016). Alle diese Arbeiten teilen als entscheidende methodologische Prämisse, dass nicht allein der Test vorab formulierter Hypothesen Forschung antreiben sollte, sondern Forschungsprozesse daneben auch immer auf die Genese gänzlich neuer Hypothesen zielen sollten. Um dies zu erreichen, bedarf es eines explorativen Forschungsdesigns, das nicht allein nomologisch-deduktivistisch und induktiv bestimmt ist, sondern zugleich abduktiv operiert (Reichertz 2013). Ulrich Oevermann bezeichnet ersteren Ansatz als Subsumtionslogik und letzteren als Rekonstruktionslogik (Oevermann 2000). Für die von ihm maßgeblich (fort-)entwickelte Methodologie der objektiven Hermeneutik ist diese Unterscheidung zentral und dasselbe gilt für den Ansatz der sogenannten Grounded Theory, ganz gleich ob in der von Anselm Strauss (1987) vertretenen Variante oder in der Lesart von Barney Glaser (1992). Das Bemühen, einerseits die im Forschungsstand vertretenen Thesen systematisch zur Kenntnis zu

nehmen und zu überprüfen, gleichzeitig jedoch bislang unbekannte Eigenschaften eines Gegenstands aufzudecken und bis dato unerkannte Zusammenhänge und Mechanismen zu verstehen, treibt rekonstruktive Forschung an (Franke und Roos 2013). Und es ist dieser Anspruch, der alle in diesem Band versammelten AutorInnen verbindet. Zwar basieren die Arbeiten auf je unterschiedlichen formaltheoretischen Prämissen und die Rekonstruktionsarbeit erfolgt unter Rückgriff auf verschiedene Methoden, doch alle Beiträge zielen nicht allein auf die Überprüfung bestehender, sondern immer auch oder zuvorderst auf die Genese neuer Hypothesen. Diese Gemeinsamkeit ist sicherlich unter anderem dadurch zu erklären, dass alle Beiträge im Umfeld der beiden sozialwissenschaftlichen Studiengänge der Universität Augsburg und in zeitlicher Nähe zueinander entstanden sind. Der Einfluss des Ansatzes der „Wissenssoziologischen Diskursanalyse" (Keller 2008; Keller et al. 2012) und einer „Rekonstruktiven Weltpolitikforschung" (Franke und Roos 2013, 2014) auf die dortige Methodenausbildung sowie das Interesse des Herausgebers dieses Sammelbandes an der Analyse deutscher Außenpolitik ließ im Laufe der Zeit eine ganze Reihe wissenschaftlicher Qualifizierungsarbeiten entstehen, deren Ergebnisse, aber auch die formaltheoretischen und methodischen Reflexionen, unbedingt veröffentlichungswürdig erschienen.

Dabei reiht der Titel des vorliegenden Bandes gleich drei erklärungsbedürftige Begriffe aneinander: „Diskurse", „Arenen" und „Handlungsregeln". Diese Begriffe reflektieren die formaltheoretischen Einbettungen der Einzelbeiträge, die sich entweder explizit auf die handlungs- und sozialtheoretischen Prämissen des sogenannten amerikanischen Pragmatismus[2] beziehen bzw. von Anselm Strauss' Grounded Theory-Methodologie und dessen Kodierparadigma mit Blick auf die eigene Vorgehensweise deutlich beeinflusst wurden oder deren Formaltheorie maßgeblich vom Foucaultschen Diskursbegriff (Foucault 2012 (1972)) geprägt ist. Für den amerikanischen Pragmatismus ist die Prämisse, Überzeugungen würden das Handeln von Menschen anleiten („belief is a rule for action", Peirce 1992 (1878), S. 129) zentral und der seinerseits maßgeblich vom Pragmatismus in der Tradition von Mead über Blumer geprägte Anselm Strauss verwendete den Begriff der sozialen Arena, um den Ort sozialer Interaktion zu benennen (Strauss 1993). Der Arena-Begriff bei Strauss und der Diskursbegriff z. B. bei Foucault weisen also theorieimmanent ähnliche Funktionen auf, indem sie den jeweiligen Modellen eine Bezeichnung für die letztlich relevante Analyseebene zur Verfügung stellen und in den hierfür ausgewählten Begriff gleichermaßen ein Element der Ausei-

2 Für den klassischen Amerikanischen Pragmatismus sind vor allen Dingen die Arbeiten von Charles Sanders Peirce (1839-1914), William James (1842-1910), John Dewey (1859-1952) und George Herbert Mead (1863-1931) prägend.

nandersetzung, des Streits oder gar des Kampfes einschreiben. Und genau diese Gemeinsamkeit – bei allen gegebenen Unterschieden der Ansätze – gilt es auch an dieser Stelle zu betonen, um die auf den Untersuchungsgegenstand „Deutsche Außenpolitik" eingenommene Perspektive kenntlich zu machen. Deutsche Außenpolitik gilt hier nicht – wie dies etwa noch in „Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln" (Roos 2010) als Leseeindruck hat entstehen können – als monolithisches Gebilde mit eindeutigen, zu einem bestimmten Zeitpunkt je klar umrissenen, Handlungsregeln. Stattdessen sind diese Handlungsregeln, das Wissen der Akteure, deren Ziele und die gewählten Wege und Instrumente umstritten und zwar auch unter den verschiedenen beteiligten Strukturen (Ministerien, Bundesämter, Bundeskanzleramt, etc.) und den innerhalb dieser staatlichen Strukturen kollektiven Handelns tätigen Individuen (Franke und Roos 2010). Darüber was z. B. deutsche Europapolitik sein soll, welche Ziele verfolgt werden sollten und unter Rückgriff auf welche Instrumente, herrscht auf regierungsamtlicher Ebene keine Einigkeit, sondern ein fortdauernder interner Streit, der durch die mannigfaltige Interaktion mit externen Akteuren, gleich ob dies die „eigene" Zivilgesellschaft, die Fraktionen des Bundestags, Verbände, (I)NGOs, TNCs, internationale Organisationen, die EU, NATO oder die Vereinten Nationen sind, permanent zusätzlich forciert, irritiert und tangiert wird. Allerdings stellen die außenpolitischen Standard Operating Procedures (Allison 1971), das kollektive Gedächtnis der Ministerialbürokratien, die Normen der politischen Kultur, die eigene geschichtliche Prägung und die Erwartungen signifikanter Dritter, allesamt mächtige Institutionen dar, die für einen erstaunlichen Konsistenz- und Kohärenzgrad außenpolitischer Entscheidungen und Positionierungen, bei aller Entwicklung über Zeit, Sorge tragen. Trotzdem ist wichtig zu verstehen, dass deutsche Außenpolitik kein vollkommener Algorithmus ist, der wie ein einfaches Computerprogramm stets gleich abläuft. Stattdessen handelt es sich um einen höchst lebendigen Prozess, der in bestimmten Sachverhalten äußerst ambivalent, kontingent ist und einzelne Entscheidungen wie Positionierungen ggf. höchst umstritten, umkämpft sind und daher keineswegs als „in Stein gemeißelt" verstanden werden sollten. Wenn in den hier versammelten Studien Aussagen über die Handlungsregeln, die Beschaffenheit der Arenen und Diskurse deutscher Außenpolitik gemacht werden, dann sollte diese entscheidende formaltheoretische Prämisse stets mitgedacht werden. Oft genug handelt es sich dann um die Rekonstruktion jener Handlungsregeln, die sich innerhalb eines vielstimmigen Diskurses für den Moment und in der je einzigartigen Situation durchgesetzt haben. Damit ist weder gesagt, dass dies zukünftig so bleiben wird, noch dass hierzu nicht bereits zum Zeitpunkt des untersuchten Handelns eine größere Zahl von Alternativen im Möglichkeitenraum deutscher Außenpolitik hinterlegt ist.

Wer nun den Blick auf die im gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurs gefochtenen Debatten richtet,[3] kann insgesamt mindestens sechs zentrale Komponenten, unterschiedlichen Abstraktionsniveaus, erkennen. Seit Jahrzehnten diskursleitend ist i) die Frage nach Kontinuität oder Wandel deutscher Außenpolitik und auch in der jüngsten Gegenwart spielt diese allgemeine Frage im Gewand der Debatte um ii) die Eigenschaften der sogenannten „Neuen deutschen Außenpolitik" eine wichtige Rolle. Seitdem Hanns W. Maull das Zivilmachtskonzept eingeführt hat wird ferner iii) die Frage nach dem Fortbestand einer zivilmächtigen Identität bzw. Rolle Deutschlands in der Weltpolitik besonders intensiv diskutiert und der Streit über iv) eine eher werte- oder interessenorientierte deutsche Außenpolitik erweist sich hierbei als wichtige Dimension dieser Frage. Daneben gesellt sich v) die Frage nach den jeweiligen Zielen deutscher Außenpolitik, die aufgrund veränderter Identität und/oder weltpolitischer Rahmen- und Strukturbedingungen möglicherweise Anpassungen unterlegen sind. Letztlich entpuppt sich vi) die Frage nach Position und Bedeutung Deutschlands für die Europäische Union als besonders häufig und intensiv erforschter Teilbereich des Gesamtphänomens „Deutsche Außenpolitik". Die vorliegenden Beiträge nehmen nun auf je unterschiedliche Art und Weise Bezug auf diese sechs zentralen Diskursstränge, ergeben jedoch ein Gesamt, das gemeinsam alle genannten Debatten des Gesamtdiskurses berührt und zu allen diesen derzeit so intensiv diskutierten Fragen originelle und fundierte Positionen formulieren. Eine vermeintlich siebte Frage bleibt derweil im vorliegenden Band, aus guten Gründen, unberührt. Die Frage, ob deutsche Außenpolitik „Machtpolitik" sei, oder nicht bzw. ob sie es heute sei und „früher" einmal nicht. Hanns W. Maull kritisiert in diesem Zusammenhang einen früheren Beitrag des Herausgebers wie folgt:

> „Das wichtigste Stichwort der außenpolitischen Neujustierung seit 2013 lautete: „Mehr Verantwortung übernehmen". Dieser politische Topos spielte freilich schon in der Zeit nach der Vereinigung 1990, wie insbesondere Ulrich Roos herausgearbeitet hat, eine gewichtige Rolle, nicht zuletzt im Sinne eines Gestaltungsanspruchs des vereinten Deutschlands. Daraus folgt freilich nicht, wie Roos zu glauben scheint, dass die Bundesrepublik Deutschland zuvor keine Machtpolitik betrieben hätte. Dies wäre insofern auch widersinnig, als jeder politische Gestaltungsanspruch auf Macht angewiesen ist, will er nicht irrelevant werden" (Maull 2015, S. 324-325).

Diese Kritik überrascht, da über die Frage, ob Macht für Politik konstitutiv sei, gar kein Dissens besteht. Im Gegenteil, der Verfasser dieser Einleitung glaubt, dass Macht und Machtmechanismen in sämtlichen sozialen Beziehungen wirksam sind,

3 Für ausführliche Darstellungen des (jeweils) aktuellen Forschungsstands siehe Roos 2010, Roos 2012, Roos und Rungius 2016.

wenn auch nicht wie bei Morgenthau als Versuch eines jeden Menschen, Macht über andere Menschen auszuüben und zu gewinnen. Stattdessen entsteht Macht im Wechselspiel von Individuum und Institutionen (Dewey 1991 (1927)). Aus Perspektive des Akteurs betrachtet, bedeutet Macht, wirken zu können, bezieht sich also auf Handlungspotentiale von Menschen. Strukturell wirkt Macht durch die Komposition des Gesamts von Regeln (bzw. Wissen) und Ressourcen. In sozialen Prozessen wirkt das Gesamt der Machtmechanismen auf alle beteiligten Akteure und Strukturen ein und reproduziert und/oder transformiert durch das unkontrollierbare Zusammenwirken der Mächte die Eigenschaften der Akteure und Strukturen. Die Kritik von Maull wurzelt also gar nicht in einem Dissens bezüglich der konstitutiven Funktion von Macht für jede Form von Politik (bzw. für jede Form von sozialen Beziehungen), sondern darin, dass das in Roos 2012 vorgetragene Argument, das Zivilmachtkonzept befände sich im fortgeschrittenen Stadium seiner Auflösung, falsch verstanden wurde. Dort wird ja keineswegs unterstellt, Deutschland habe früher auf den Einsatz von Macht verzichtet und würde diese jetzt ausüben. Stattdessen lautet das Argument lediglich, dass sich die mit der Ausübung von Macht verbundenen Ziele und Instrumente verändert haben und das neue Muster dieses modifizierten Ziel-Mittel-Komplexes sich nicht mehr mit jenem Begriff von Zivilmacht verträgt, wie er ursprünglich von Maull (1992) unter Rückgriff auf Vorarbeiten von Norbert Elias (1976) und Dieter Senghaas (1997) eingeführt wurde. Das heißt, Macht ist ubiquitär, Zivilmacht nicht. Entscheidend an dieser Debatte ist mit Blick auf den vorliegenden Band jedenfalls zweierlei: i) alle Beiträge gehen von der konstitutiven Bedeutung von Macht für politische wie soziale Prozesse aus und ii) der in den letzten knapp 25 Jahren bedeutsamste Diskursstrang, die Frage nach dem Fortbestand oder dem Welken des zivilmächtigen Charakters deutscher Außenpolitik, lässt sich nur dann diskutieren, wenn der diesem Streit unter ExpertInnen dienende Maßstab wenigstens approximativ fixiert wird. Das bedeutet, es ist nicht möglich, zu klären, ob deutsche Außenpolitik noch dem Rollentyp einer Zivilmacht entspricht oder nicht, wenn die mit diesem Rollentypus verbundenen Gehalte von den einzelnen Debattenteilnehmern je unterschiedlich definiert werden. Während der Herausgeber dieses Bandes sich bislang immer auf Maull 1992 bezogen hat, aktualisiert Maull seinen Maßstab fortlaufend. Wie viel Elias und Senghaas, der Kern von „Zivilmacht 1.0“ (Maull 1992), noch in „Zivilmacht 2.0“ (Maull 2015) enthalten ist, sollte beizeiten einmal eingehend untersucht werden. Noch wichtiger ist jedoch die sich hinter dieser Debatte abzeichnende Erkenntnis, dass die wissenschaftliche Rekonstruktion der Identität deutscher Außenpolitik immer schon normativer Natur sein muss, wenn sie von lebenden Menschen angefertigt wird. Der große Verdienst Maulls liegt ja gerade darin begründet, dass er mit dem Zivilmachtkonzept sowohl einen

empirischen Befund – später in einer ausführlichen Studie ausgearbeitet (Fraenkler, Ulf et al. 1997) – als auch zugleich ein normatives Maß deutscher Außenpolitik entworfen hat. Auf der solcherart geschaffenen Basis lässt sich die Frage behandeln, welche Art von Macht *ist* Deutschland außenpolitisch? Welche Ziele verfolgt diese Macht mit welchen Mitteln? Und es lässt sich die Frage stellen, welche Art von Macht *sollte* Deutschland sein, welche Ziele sollten unter Rückgriff auf welche Mittel verfolgt werden. Hierzu sollten noch mehr WissenschaftlerInnen, wenn sie denn die präskriptive Dimension ihres Arbeitens anerkennen, das Wort ergreifen und ihre je eigene normative Idee deutscher Außenpolitik begründen. Über die Verfassung der deutschen Politikwissenschaft und deren Wirken auf den Zustand gesellschaftlicher Deliberation heißt es in der Abschiedsvorlesung von Ekkehart Krippendorff:

> „Es hat sich, vergleichbar mit der Rolle des Sports, gegenüber der Politik eine Art „Zuschauermentalität" ausgebreitet, der eine auf Neutralität und Distanz bedachte Politikwissenschaft ungewollt zuarbeitet, indem sie sich sowohl vor einer deutlichen und klaren Sprache scheut (Max Weber z. B. hatte noch den Mut, die deutschen Regierenden des Ersten Weltkriegs „eine Horde Irrsinniger" zu nennen), als auch immer weniger den Mut zum Urteilen aufbringt. Zwei Seiten der selben Medaille: die szientifistische Sprache verdrängt die Urteilskraft, so wie der Verzicht auf das Urteil durch eine sterile Sprache kompensiert wird. Die Befähigung zum Urteil jedoch ist die wichtigste republikanische Qualifikation, die Öffentlichkeit dazu auszubilden, die wichtigste Aufgabe unserer Wissenschaft (Krippendorff 1999).

In diesem Sinne lassen die hier versammelten Beiträge zweifelsohne auch normative Positionen erkennen, verbleiben also nicht bloß deskriptiv und darob vermeintlich „neutral", was für die zukünftige wissenschaftliche Analyse und Debatte deutscher Außenpolitik hoffen lässt. Dabei lassen sich die in diesem Band versammelten Beiträge mit Blick auf deren Gegenstände in zwei Typen subsumieren. Der erste Typus beschäftigt sich mit der deutschen Außenpolitik bezogen auf einen anderen Staat oder eine Gruppe von Staaten. Der zweite Typus rekonstruiert die Gehalte von Querschnittsthemen, wie der deutschen Entwicklungspolitik, der deutschen Menschenrechtspolitik bzw. der deutschen Sicherheitspolitik. Die Beiträge stehen jeweils für sich, weisen aber natürlich zahlreiche Bezüge zueinander auf. Es handelt sich um die gekürzten, aktualisierten und vertieften Darstellungen umfangreicherer Forschungsarbeiten. Dass in dieser Einleitung auf eine Darstellung des allgemeinen Forschungsstands zur deutschen Außenpolitik verzichtet werden konnte, ist auch der Tatsache verdankt, dass sämtliche Beiträge ein je eigenes Forschungsstandkapitel umfassen, das die im je relevanten Teil-Diskurs vertretenen Positionen kompetent zusammenträgt. Ganz im Sinne der eingangs beschriebenen Qualitätskriterien für Außenpolitikforschung stellen alle Beiträge, in möglichst konziser Form, die

formaltheoretischen Prämissen und die methodische Vorgehensweise vor, bevor die Thesen ausführlich präsentiert und unter Rekurs auf die Vorarbeiten des Forschungsstandes diskutiert werden.

Moritz Laurer und *Timo Seidl* beschäftigen sich mit den grundlegenden Handlungsregeln der deutschen Eurokrisenpolitik. Sie stellen die These auf, dass das zentrale Ziel deutscher Eurokrisenpolitik vor dem wahrgenommenen Hintergrund einer zunehmend konkurrenzkapitalistischen und multipolaren Weltordnung der Umbau der Eurozone zu einer „Stabilitäts- und Wettbewerbsunion der Regierungen" darstelle und diskutieren dies mit Blick auf die Frage eines europäischen Gleichgewichts und der Zukunft der Demokratie in Europa. *Charlotte Rungius* analysiert die handlungsleitenden Überzeugungen hochrangiger, außenpolitischer RepräsentantInnen der Bundesrepublik Deutschland mit Blick auf das transatlantische Verhältnis. Hierbei untersucht Sie vor allen Dingen die Begründungsmuster für das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) und rekonstruiert hierbei den Zusammenhang der deutschen Weltordnungsvorstellungen und Identitätskonstruktionen „des Westens". *Fabian Mehring* analysiert die grundlegenden Elemente der deutschen BRICS-Strategie und legt auf dieser Grundlage zugleich dar, welche weltordnungspolitischen Handlungsregeln deutsche Außenpolitik im Wesentlichen anleiten. Dabei verdeutlicht der Beitrag, welchen Stellenwert die Bundesrepublik den „aufsteigenden Mächten" einräumt, welche Art von „Führung" und „Verantwortung" sie für sich selbst reklamiert und wie die Welt unter multipolaren Bedingungen zu gestalten sei. *Florian Hanslik* trägt mit seiner Rekonstruktion der deutschen Simbabwe-Politik dazu bei, den erstaunlich persistenten Mangel an intensiver Erforschung deutscher Afrika-Politik zu bearbeiten. Als wichtige Leitreferenz seines Beitrags dient dabei die Frage, inwiefern deutsche Simbabwe- und Afrikapolitik dem Rollenkonzept der Zivilmacht entspricht, oder nicht. Er diskutiert hierbei das deutsche Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit entlang der Unterscheidung von Solidarität und wohlverstandenem Eigeninteresse. Auch die von *Hannes Herrmann*, *Moritz Hillebrecht* und *Tobias Lehmann* für den Zeitraum 2000-2013 vorgenommene Diskursanalyse deutscher Entwicklungspolitik untersucht den Stellenwert des Konzepts der Solidarität in der Einen Welt und dessen Entwicklung in der Folge des Regierungswechsels von 2009. Wichtige Bezugspunkte des Diskurses sind dabei die unterschiedlichen Positionierungen zur Frage der Mitverantwortung an der ungerechten globalen Verteilung von Ressourcen und der moralischen Verpflichtung zur solidarischen Bekämpfung von Armut. Die Studie von *Markus Drews* analysiert die deutsche Menschenrechtspolitik und beschäftigt sich mit dem Signifikat dieses komplexen Begriffs und der Frage von Anspruch und Praxis deutscher Menschenrechtspolitik. Die Studie untersucht die Gehalte des Menschenrechtskonzepts der Bundesregierung und vergleicht diese

mit dem aktuellen wissenschaftlich-philosophischen Diskurs zu diesem Thema. *Fabian Peltzer* geht der äußerst brisanten Frage nach, wie der im ISAF-Rahmen erfolgte Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan rückblickend von der Bundesregierung analytisch und normativ beschrieben wird. Dabei wird untersucht, welche Konsequenzen aus den dort gemachten Erfahrungen für zukünftige Einsätze der deutschen Streitkräfte öffentlich kommuniziert und wie diese begründet werden.

Alle Beiträge verdeutlichen derweil das Potential einer intensiven, rekonstruktiv verfahrenden Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand, indem sie die Beschaffenheit der untersuchten Arenen und Diskurse, deren Kontingenz und teils Widersprüchlichkeit, trotz aller Komplexität, höchst systematisch und schlüssig unter geduldigem Verweis auf zahlreiche Belege erklären.

Literatur

Allison, Graham 1971: Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis, New York.

Baumann, Rainer 2006: Der Wandel des deutschen Multilateralismus, Baden-Baden.

Dewey, John 1991 (1927): The Public and its Problems, Athens.

Elias, Norbert 1976: Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt/M.

Foucault, Michel 2012 (1972): Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt/Main.

Fraenkler, Ulf et al. 1997: Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985-1995: eine vergleichende Untersuchung zu Zivilisierungsprozessen in der Triade, Universität Trier.

Franke, Ulrich / Roos, Ulrich 2010: Actor, structure, process: Transcending the state personhood debate by means of a pragmatist ontological model for international relations theory, in: Review of International Studies, Vol. 36, 1057-1077.

Franke, Ulrich / Roos, Ulrich 2013: Einleitung: Zu den Begriffen „Weltpolitik" und „Rekonstruktion", in: Dies. (Hrsg.), Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen, Baden-Baden, 7-29.

Franke, Ulrich /Roos, Ulrich 2014: Rekonstruktive Ansätze der Internationalen Beziehungen und Weltpolitikforschung: Objektive Hermeneutik und Grounded Theory, in: Masala, Carlo / Sauer, Frank (Hrsg.), Handbuch Internationale Politik (online first), 2. Auflage, Wiesbaden.

Herborth, Benjamin 2015: Werte – Interessen – Entscheidungen. Paradoxien einer Außenpolitik ohne Anti-Obdachlosen-Stachel, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (Supplement 8), 259-271.

Glaser, Barney 1992: Emergence vs. Forcing: Basics of Grounded Theory, Mill Valey, CA.

Keller, Reiner 2008: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 2. Auflage, Wiesbaden: VS.

Keller, Reiner / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.) 2012: Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden.

Krippendorff, Ekkehart 1999: Unzufrieden. 40 Jahre politische Wissenschaft. Abschiedsvorlesung, Freie Universität Berlin, 8. Juli 1999.
Laurer, Moritz / Seidl, Timo 2014: Ziele der deutschen Eurokrisenpolitik, in: WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 99, November/Dezember 2014, 120-127.
Maull, Hanns W. 1992: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen zur deutschen Außenpolitik, in: Europa Archiv, 47:10, 269-278.
Maull, Hanns W. 2015: Deutsche Außenpolitik nach der „Review 2014": Zivilmacht 2.0?, in: Zeitschrift für Politik, Vol. 62:3, 323-341.
Oevermann, Ulrich 2000: Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis, in: Kraimer, Klaus (Hg.), Die Welt als Text, Frankfurt/M., 383-427.
Peirce, Charles Sanders 1992 (1878): How to make our ideas clear, in: Houser, N. / Kloesel, C (Hrsg.), The essential Peirce. Selected philosophical writings, Vol. I, Bloomington, 124-141.
Reichertz, Jo 2013: Die Abduktion in der qualitativen Sozialforschung, Wiesbaden.
Roos, Ulrich 2010: Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlunsregeln, Wiesbaden.
Roos, Ulrich 2012: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2/2012, 7-40.
Roos, Ulrich / Rungius, Charlotte 2016: Neue Macht, neue Mächte – gute Gründe? Rekonstruktion einer außenpolitischen Diskursoffensive in Deutschland, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 1/2016, 39-78.
Roos, Ulrich / Seidl, Timo 2015: Im „Südwesten" nichts Neues? Eine Analyse der deutschen Namibiapolitik als Beitrag zur Rekonstruktion der außenpolitischen Identität des deutschen Nationalstaates, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Vol. 4:2, 182-224.
Senghaas, Dieter 1997: Frieden – ein mehrfaches Komplexprogramm, in: Ders. (Hg.), Frieden machen, Frankfurt/M, 560-575.
Strauss, Anselm 1987: Qualitative Analysis for Social Scientists, New York, NY.
Strauss, Anselm 1993: Continual Permutations of Actions, New York, NY.